

13 Gedenkkultur(en) und Erinnerungspolitik

Tatiana Zhurzhenko

Die Ukraine bietet sich aus verschiedenen Gründen als paradigmatischer Fall einer Gesellschaft an, in der die historische Erinnerung einen hohen Stellenwert besitzt. Zu diesen Gründen gehören ihre traumatische Geschichte im 20. Jahrhundert, die ethnische Vielfalt des Landes, die unterschiedlichen regionalen Erfahrungen mit verschiedenen politischen Systemen und Besatzungsmächten, das Erbe des ukrainischen Nationalismus und gleichzeitig eine weit verbreitete Sowjetnostalgie. Eine lebendige Zivilgesellschaft, die hochkompetitive ukrainische Politik und die Situation des Landes zwischen zwei zunehmend gegensätzlichen Erinnerungskulturen, die von Russland und der Europäischen Union repräsentiert werden, haben dazu beigetragen, dass Geschichte und Erinnerung in der ukrainischen Politik und in der öffentlichen Debatte eine wichtige Rolle spielen. Dieses Kapitel bietet einen Überblick über die Gedenkkultur(en) und die Erinnerungspolitik in der Ukraine von 1991 bis 2023 und konzentriert sich dabei auf deren Schlüsselthemen und wichtigste Entwicklungen.

Die Ukraine nach 1991: Pluralisierung, Dezentralisierung und Nationalisierung der Erinnerung

Jan Werner Müller hat in seiner Einleitung zu der mittlerweile klassischen Aufsatzsammlung zur Vergangenheitspolitik im Nachkriegseuropa die Metapher der „aufgetauten Erinnerungen“ nach dem Fall des Eisernen Vorhangs eingeführt: „Sowohl das persönliche als auch das kollektive Gedächtnis wurden von den Zwängen befreit, die mit dem staatlichen Legitimationsbedarf und dem Freund-Feind-Denken des Kalten Krieges verbunden waren“ (Müller 2002: 6). In den Ländern des ehemaligen kommunistischen Blocks und in den neuen postsowjetischen Staaten, in denen die Kontrolle des Parteistaats über die Gesellschaft allgegenwärtig war und die offizielle Erzählung der Vergangenheit kaum in Frage gestellt wurde, hatte das ‚Auftauen‘ der Erinnerungen wichtige soziale und politische Folgen. In der Ukraine, ähnlich wie in den baltischen Staaten sowie in Moldawien

und Georgien, trugen die Suche nach der ‚historischen Wahrheit‘ und die Forderung nach historischer Gerechtigkeit dazu bei, dass die entstehenden Oppositionsbewegungen die Massen gegen das Sowjetregime mobilisieren konnten, was schließlich zum Zerfall der UdSSR führte. Im ersten postso-wjetischen Jahrzehnt entdeckten die politischen Eliten der Ukraine das historische Gedächtnis als wichtige Ressource für den Aufbau der Nation (Kuzio 2000), während regionale Eliten lokale Mythen und historische Narrative aktiv für die Konstruktion regionaler Identitäten nutzten – oft als Herausforderung für Kyjiw (Gaidai & Kasianov 2018). Vor allem aber wurde das Feld der Erinnerung von der ukrainischen Gesellschaft, von verschiedenen Akteuren und gesellschaftlichen Gruppen beansprucht. Die Institutionalisation vielfältiger Erinnerungsgemeinschaften führte zu einer Pluralisierung der Erinnerungskulturen und zu einer Demokratisierung der Erinnerungspolitik.

Diese Prozesse begannen in der Ukraine bereits vor der Unabhängigkeit. Die *Glasnost-Politik* Gorbatschows führte, wenn auch begrenzt und kontrolliert, zu einer schrittweisen Liberalisierung des öffentlichen Raums. Offizielle Tabus zu bestimmten Themen wie dem Molotow-Ribbentrop-Pakt wurden gebrochen, und die Medien testeten die Grenzen der sowjetischen Zensur aus, indem sie das öffentliche Interesse mit zuvor beschwiegenen Themen fütterten. In der Ukraine waren es der Holodomor (die große Hungersnot von 1932–33) und Stalins Repressionen gegen die nationale Kulturelite, an denen sich die Frustration der Massen über das sowjetische Regime zum Ausdruck brachte und die dazu beitrugen, den Anspruch der Ukraine auf nationale Unabhängigkeit zu legitimieren. Sowohl der ‚demokratische Flügel‘ der Kommunistischen Partei als auch die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung *Narodny Ruch* waren sich über die Notwendigkeit einer weiteren Entstalinisierung einig. (Dieser Prozess wurde 1956 auf dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei eingeleitet, aber bald wieder aufgegeben.) Im April 1991 wurde das Gesetz „Über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen in der Ukraine“ verabschiedet, und im ganzen Land wurden Opferverbände gegründet. In der Westukraine schlossen sich ihnen ehemalige Mitglieder des ukrainischen nationalistischen Untergrunds an – Veteranen der Organisation Ukrainischer Nationalisten (Організація українських націоналістів / Orhanizatsiia ukrainskykh natsionalistiv, OUN) und der Ukrainischen Aufständischen Armee (Українська повстанська армія / Ukrajinska powstanska armija, UPA),

die Jahre und oft Jahrzehnte im Gulag verbracht hatten.¹ Die lange verdrängten Erinnerungen an den antisowjetischen bewaffneten Widerstand fanden Eingang in den öffentlichen Diskurs der Ukraine und wurden auf lokaler Ebene institutionalisiert. Auch die Entkommunisierung des städtischen Raums begann in der Westukraine – und blieb zunächst weitgehend auf diese beschränkt, da hier das Narrativ der ‚sowjetischen Besatzung‘ basierend auf dem historischen Hintergrund der Region von der lokalen Bevölkerung weitgehend geteilt wurde.

Sowjetische Kriegsveteranen, UPA-Veteranen,² Opfer der stalinistischen Repressionen und ehemalige Gulag-Häftlinge waren nicht die einzigen ‚Erinnerungsgemeinschaften‘ in der Ukraine nach 1991. Die Pluralisierung der Narrative über den Zweiten Weltkrieg und die verschiedenen Restitutionspolitiken auf nationaler und internationaler Ebene ermöglichten es, dass sich Kategorien wie ehemalige ‚Ostarbeiter‘ (Grinchenko 2017), ehemalige Gefangene der nationalsozialistischen Konzentrationslager und, etwas später, ‚Kinder des Krieges‘ überhaupt erst etablierten. Die Wiederbelebung des jüdischen Kulturlebens führte zu ersten öffentlichen Initiativen, die auf die Erinnerung an den Holocaust abzielten (Portnov 2017). Die ethnischen Ungarn in Transkarpatien gedachten der lokalen Opfer der stalinistischen Repressionen der Nachkriegszeit, und die massenhafte Rückkehr der Krimtataren auf die Krim nach 1991 trug dazu bei, dass sich die Öffentlichkeit der Grausamkeit der stalinistischen Deportationen bewusst wurde (Finnin 2022). Andere gesellschaftliche Gruppen schufen eigene Gedenkkulturen rund um traumatische Erinnerungen an jüngere Ereignisse, wie etwa die Veteranen der sowjetischen Militäroperation in Afghanistan (Sklokina 2015) und die Liquidatoren der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl (Ostapchuk 2018).

1 Die radikalnationalistische OUN wurde 1929 gegründet und agierte im Untergrund. Sie setzte politische Gewalt ein mit dem Ziel, einen unabhängigen ukrainischen Staat auf dem Territorium Zwischenkriegspolens zu etablieren. 1943 wurde die UPA als militärische Formation gegründet, um den bewaffneten Kampf für die ukrainische Unabhängigkeit fortzusetzen. Der polnisch-ukrainische Konflikt in den von Hitler besetzten Gebieten in Ostpolen kulminierte im Sommer 1943 in einem Gewaltausbruch in Wolhynien, wo die UPA Massenmorde an der polnischen Zivilbevölkerung beging. Nach der Annexion der ostpolnischen Gebiete durch die UdSSR setzten OUN und UPA ihre Kämpfe als Untergrund-Widerstandsbewegung gegen das Sowjetregime bis in die späten 1940er Jahre fort. Aus diesen Gründen ist die Rolle der OUN und UPA sowohl in Polen als auch in Russland stark umstritten.

2 Zum Wettbewerb zwischen sowjetischen und UPA-Kriegsveteranen, siehe Portnov & Portnova (2010).

Mit der Unabhängigkeit wurden in der Ukraine, wie auch in anderen neuen unabhängigen Staaten, historische Erzählungen, nationale Mythen und Symbole als wichtige Instrumente der Nationsbildung entdeckt; sie sollten der heterogenen postsowjetischen Bevölkerung ein Gefühl von historischer Kontinuität und gemeinsamer kultureller Identität vermitteln. Angesichts der regionalen und ethnischen Vielfalt sowie unterschiedlicher lokaler Erfahrungen mit den verschiedenen politischen Systemen und Besatzungsregimen während des 20. Jahrhunderts stellte diese Aufgabe eine große Herausforderung für die postsowjetischen politischen Eliten dar. Die entstehende nationale Identität und Geschichtserzählung sollten dazu beitragen, die regionalen Spaltungslinien des Landes und die unterschiedlichen, oft sogar gegensätzlichen kollektiven Erinnerungen an die jüngste Vergangenheit zu überbrücken sowie die russischsprachige Bevölkerung in das Projekt der Nationsbildung zu integrieren. Darüber hinaus halfen die wirtschaftlichen Härten der Transition und die sozialen Kosten der Marktreformen der Kommunistischen Partei der Ukraine dabei, sich neu zu konstituieren und nach dem gesetzlichen Verbot von 1991 wieder in die ukrainische Politik einzutreten. Die Kommunisten instrumentalisieren die Sowjetnostalgie, leugneten die Legitimität des unabhängigen ukrainischen Staates und wandten sich vehement gegen die aus ihrer Sicht versuchte ‚Geschichtsumschreibung‘ durch ‚ukrainische Nationalisten‘.

Die Konstruktion einer neuen nationalen Identität fand an verschiedenen Stellen statt (Wanner 1998): von Bildungsreformen und Kulturfestivals bis hin zu Änderungen im staatlichen Kalender und der Neugestaltung des Erscheinungsbildes von Städten. Der Prozess war jedoch keineswegs nur von oben nach unten gerichtet, sondern ließ Raum für Verhandlungen und Neuinterpretationen vor Ort. Wie von Richardson (2008) in ihrer Studie über Odesa und von Rodgers (2008) in seiner Untersuchung über die Oblast Luhansk gezeigt hat, erhielten beispielsweise Lehrer:innen einen gewissen Spielraum für die Interpretation neuer nationaler Narrative, wie sie in den ukrainischen Geschichtslehrbüchern dargestellt wurden, während das familiäre Umfeld, die Populärkultur und die Medien als Quellen für historisches Wissen durchaus mit den Lehrplänen konkurrierten. Die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die Demontage sowjetischer Denkmäler und der Bau neuer Gedenkstätten oblag lokalen Behörden und wies daher erhebliche regionale Unterschiede auf: Während Lemberg in den 1990er Jahren eine Nationalisierung der Stadtlandschaft erlebte (Hrytsak & Susak 2003), inspirierte in Odesa der wiederentdeckte Mythos des ‚goldenen‘ 19. Jahrhunderts die Rückkehr zu alten russischen kaiserlichen Toponymen

und damit Pläne für den Wiederaufbau des historischen Zentrums (Richardson 2008). Städte in der Südukraine wie Dnipro(petrowsk) und Saporischja blickten auf der Suche nach einem neuen Gründungsmythos, der alternativ zum sowjetischen Mythos der Industrialisierung genutzt werden könnte, auf die Geschichte der russischen imperialen Expansion in Richtung Schwarzmeerregion und/oder auf die Geschichte der Kosaken zurück (Gaidai & Kasianov 2018; Portnov 2022). In der Ostukraine klammerten sich viele Industriezentren noch an sowjetische Toponyme und Erinnerungsorte. Während die lokalen Eliten von Charkiw den Mythos der ‚ersten Hauptstadt‘ der Ukraine nutzten und damit die Hegemonie von Kyjiw herausforderten (Zhurzhenko 2011; Kravchenko 2023), bauten die oligarchischen Eliten in Donezk eine regionale Identität des Donbas auf sowjetischer Nostalgie, dem Stolz der Arbeiterklasse und dem Mythos des ‚Großen Vaterländischen Krieges‘ auf (Osipian & Osipian 2012).

Die Versuche des Staates, den Kanon der Nationalhelden neu zu gestalten, waren halbherzig und nur teilweise erfolgreich. Tatsächlich wurden nur historische Persönlichkeiten, die bereits Teil des sowjetukrainischen Kanons waren – wie Hetman Bohdan Chmelnyzkij, die Dichter Taras Schewtschenko und Lesia Ukrainka – sowohl im Osten als auch im Westen des Landes als positive Figuren akzeptiert. Von den neueren Helden erwies sich Mychajlo Hruschewskij, der vielleicht einflussreichste Historiker seiner Zeit und der erste Präsident der Ukrainischen Volksrepublik (Українська Народна Республіка, Ukrainiska Narodna Respublika, UNR) in den Jahren 1917–18, als die einzige unumstrittene Figur. Die offizielle Verehrung Hrushevskys in der postsowjetischen Ukraine, dessen Porträt auf der Fünfundzwanzig-Hrywna-Note abgebildet ist und dem 1998 im Zentrum Kyjiws ein Denkmal gewidmet worden ist – sollte die Tradition der unabhängigen ukrainischen Staatlichkeit legitimieren. Die Versuche, andere historische Persönlichkeiten als ‚Nationalheilige‘ zu installieren, waren weniger erfolgreich. Iwan Masepa, der ukrainische Kosakenführer, der sich Schweden im Kampf gegen Peter den Großen angeschlossen hatte, wurde von den russophilen Ukrainern abgelehnt (Klymenko 2020). Symon Petljura, ein prominenter ukrainischer militärischer und politischer Führer der UNR von 1919 bis 1921, wurde von dem sowjetischen Anti-Mythos überschattet, der ihn als aggressiven antisemitischen Nationalisten und Verräter darstellte, der Galizien im Austausch für ein Bündnis gegen die Bolschewiki den Polen überließ (Pauly 2020). Noch umstrittener war Stepan Bandera, der Führer der OUN, der in der Westukraine als Held des nationalen Befreiungskampfes gilt, in anderen Regionen jedoch wenig Akzeptanz fand (Narvselius

2012; Liebich & Myshlovska 2014). Es ist zugleich bezeichnend, dass keiner der ukrainischen Dissidenten der späten Sowjetära wie z.B. Wasyl Stus oder Petro Hryhorenko in die Liste der berühmten Ukrainer aufgenommen wurde.

Wie Viktoria Sereda in ihrer Studie über regionale historische Identitäten vor der Orangen Revolution feststellte, wäre es eine „zu starke Vereinfachung, die offizielle Politik der Identitätsbildung als ein nationalistisches Projekt gegen den Widerstand sowjetisch gesinnter Menschen zu betrachten. Anstatt die traditionellen ukrainischen Nationalfeiertage (die in den westlichen Regionen der Ukraine akzeptiert werden) landesweit zu institutionalisieren, versuchte die damalige Regierung vielmehr, die alten sowjetischen Feiertage in ukrainische Nationalfeiertage umzuwandeln und den Konflikt zwischen der sowjetischen historischen Erinnerung und der neuen ukrainischen Loyalität zu beseitigen“ (Sereda 2007: 207). Dies lässt sich am besten anhand der Feierlichkeiten zum Tag des Sieges veranschaulichen, die nach dem traditionellen sowjetischen Drehbuch, aber unter ukrainisch-patriotischen Slogans stattfanden. Die neue Formel, die während der Ära Leonid Kutschmas Eingang in den offiziellen Diskurs fand – der ‚Große Vaterländische Krieg des ukrainischen Volkes‘ – stellte das sowjetische Narrativ des Zweiten Weltkriegs nicht kritisch in Frage, sondern signalisierte seine Wiederaneignung durch die postsowjetischen ukrainischen Eliten. Dieses Narrativ ist tief im kollektiven Gedächtnis der Sowjetunion verwurzelt, insbesondere in der Ost- und Südukraine, und wurde zum zentralen symbolischen Bindeglied zwischen der Ukraine und Russland, wo der ‚Sieg über den Faschismus‘ als wichtigste Säule der post-sowjetischen nationalen Identität gelten kann.

Diese Art von Ambivalenz setzte sich auch in anderen Themenbereichen fort, z. B. bei der Interpretation der Unabhängigkeit der Ukraine. Die postsowjetische Ukraine übernahm ihre Staatssymbole von der kurzlebigen Ukrainischen Volksrepublik (1918–21), erklärte sich aber gleichzeitig zum Rechtsnachfolger der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Im Gegensatz zu den baltischen Staaten versuchte man in der Ukraine, beide politische Traditionen miteinander in Einklang zu bringen. Im Jahr 2003 löste die offizielle Feier zum 85. Geburtstag von Wolodymyr Schtscherbyzkyj, dem Führer der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik in den Jahren 1972–1989, in den ukrainischen Medien viel Kritik aus. Es ist schwer zu sagen, ob diese Ambivalenz eine pragmatische politische Strategie der postsowjetischen Eliten war, die darauf abzielte, Konflikte über potenziell spaltende Themen zu vermeiden – oder ob es sich eher um ein Resultat

der politischen Sozialisierung ebenjener Eliten in der Sowjetzeit sowie ihres Hintergrunds in der kommunistischen Nomenklatura handelt, wie Riabchuk (2008) argumentiert. Kutschmas Ära der ambivalenten und multivektoralen Erinnerungspolitik endete mit der Orangen Revolution.

Die Orange Revolution (2004) und die Erinnerungskriege

Die Ukraine war nicht das einzige Land in Osteuropa, das nach dem ersten Jahrzehnt des Übergangs in eine Ära der Erinnerungskonflikte eintrat. In den 1990er Jahren mussten sich die meisten postkommunistischen Länder auf demokratische und marktwirtschaftliche Reformen konzentrieren, die häufig von den ehemals kommunistischen Parteien durchgeführt wurden, welche sich in sozialdemokratische Parteien verwandelt hatten. Ihre bürokratische Erfahrung und die alten Netzwerke der Nomenklatura machten sie anfällig für Korruptionsvorwürfe seitens ihrer politischen Rivalen. Die Rhetorik der Konservativen und Nationalisten verknüpfte die postkommunistische Linke ideologisch und strukturell mit dem ehemaligen kommunistischen Regime. Sobald das strategische Ziel der ‚Rückkehr nach Europa‘ erreicht war, wurde die kommunistische Vergangenheit zu einem spalten- den Thema. Polen und Ungarn können als klassische Beispiele für eine solche Entwicklung dienen.

In der Ukraine verlief der Übergang zur liberalen Demokratie und das Streben nach einem Beitritt zur EU und zur NATO weit weniger erfolgreich. Die Orange Revolution machte die Pläne der ‚Partei der Macht‘ – einer ideologisch amorphen Koalition wirtschaftspolitischer Clans um Präsident Kutschma – zunichte, seinen Nachfolgekandidaten Wiktor Janukowytsch an die Macht zu bringen, einen Vertreter der Donezker Oligarchengruppe. Unter dem Druck der Massenproteste gegen den offensichtlichen Wahlbetrug wurde der zweite Wahlgang wiederholt und brachte dem Oppositionsführer Wiktor Juschtschenko den Sieg. Unterstützt von einer breiten Koalition aus liberalen, pro-europäischen, nationaldemokratischen und nationalistisch-populistischen Kräften strebte Juschtschenko eine enge Zusammenarbeit mit der NATO, die Integration in die EU und nicht zuletzt eine selbstbewusstere Politik der nationalen Identität an. Ein Ziel Juschtschenkos war dabei, die Ukraine aus dem Schatten der sowjetischen Propagandamythen zu befreien, den umstrittenen ukrainischen nationalistischen Widerstand politisch zu rehabilitieren und das Sowjetregime als totalitär anzuprangern. Während des Wahlkampfs wurde die Darstellung

von Juschtschenko als radikaler Nationalist und ‚ukrainischer Faschist‘ zur Hauptstrategie seiner politischen Gegner, unterstützt von Moskau.

Nach der Orangen Revolution erholten sich Janukowytsch und seine Partei der Regionen schnell von ihrer politischen Niederlage. Nachdem sie ihren Einfluss im Parlament gefestigt und die Regionalwahlen in der Ostukraine gewonnen hatte, setzte die Partei der Regionen ihren Kampf gegen die imaginäre Bedrohung durch den ‚ukrainischen Faschismus‘ in einer Koalition mit den Kommunisten und einigen kleineren prorussischen und neostalinistischen Gruppen fort. Moskau profitierte von dieser politischen Polarisierung in der Ukraine und schürte sie mit Hilfe Kreml-naher politischer Technologen. Dabei konnte Russland auf seine Erfahrungen aus den Erinnerungskonflikten in den baltischen Staaten zurückgreifen, in denen die Narrative der sowjetischen Besatzung und des antisowjetischen Widerstands seit den späten 1980er Jahren zum Mainstream geworden waren und wo Russland die lokalen politischen Eliten wiederholt als Revisionisten, radikale Nationalisten und Nazi-Sympathisanten denunziert hatte.

Die Instrumentalisierung der Erinnerungskultur durch verfeindete politische Eliten in der Ukraine kam nicht völlig überraschend. Soziologen beobachteten unterschiedliche und sich fast gegenseitig ausschließende Visionen der nationalen Geschichte im Osten und Westen des Landes, insbesondere in Lwiw und Donezk, und warnten früh davor, dass „interessierte politische Akteure markante Unterschiede in den regionalen historischen Identitäten als Mobilisierungsstrategie ausnutzen können“ (Sereda 2007: 207–8). Einige Autoren haben das ukrainische kollektive Gedächtnis als gespalten beschrieben, gekennzeichnet durch einen anhaltenden Zusammenprall zweier konkurrierender historischer Narrative – dem ukrainisch-nationalistischen auf der einen und dem sowjetnostalgischen auf der anderen Seite (Jilge 2006; Shevel 2011, 2016). Der Historiker Stefan Troebst (2010), der vier Formen der Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit unterscheidet, schlug eine Typologie der Erinnerungskulturen in Osteuropa vor. Ihm zufolge gehört die Ukraine zusammen mit Ungarn und Polen zu Gesellschaften, die durch heftige politische Kontroversen über die Interpretation der kommunistischen Vergangenheit gekennzeichnet sind. Wie Oxana Shevel argumentiert, kann die Ukraine in dieser Hinsicht mit Ländern verglichen werden, die einen Bürgerkrieg erlebt haben (wie z. B. Spanien), da sie vor einem ähnlichen Dilemma steht, nämlich der Aufarbeitung der Verbrechen der staatlichen Diktatur im Namen der Gerechtigkeit oder der Amnesie um des inneren Friedens willen (Shevel 2011). Im Gegensatz zu Spanien waren die politischen Eliten der Ukraine jedoch nicht in der

Lage, einen informellen ‚Pakt des Vergessens‘ zu institutionalisieren, der die Aufarbeitung der schwierigen Vergangenheit bis zum Abschluss des demokratischen Übergangs aufschieben würde. In der Ukraine waren Fragen der historischen Erinnerung „bereits in der späten Sowjetzeit politisiert worden. Diese Debatte konnte im neuen ukrainischen Staat nicht beigelegt werden, da politische Eliten auf der Rechten und der Linken routinemäßig Identitätspolitik für Wahlerfolge instrumentalisierten“ (Shevel 2016: 28).

Shevel wendet die von Bernhard und Kubik entwickelte Theorie der Erinnerungspolitik (Bernhard & Kubik 2014) auf die Ukraine an. Danach kann das „erinnerungspolitische Regime“ (mnemonic regime) der Ukraine als zersplittert und konfliktträchtig charakterisiert werden. Bis zum Euro-maidan gab es „zwei Gruppen von Erinnerungskriegern (mnemonic warriors): Kommunisten und Nationalisten, die jeweils danach strebten, ein einheitliches Erinnerungsfeld zu etablieren, in dem ihre Sicht der Vergangenheit hegemonial ist, sowie ein Zentrum, das die Macht innehat und sich je nach Umständen heraushält (strategic abnegation) oder aber ebenfalls als Erinnerungskrieger agiert und sich mit der Linken oder der Rechten verbündet“ (Shevel 2016: 29).

Den Kern der ersten Gruppe von ‚Erinnerungskriegern‘ bildete die unreformierte Kommunistische Partei der Ukraine: Als nostalgische Schwärmer für die Sowjetunion bestritt sie die Legitimität des unabhängigen ukrainischen Staates und plädierte für enge Beziehungen zu Russland. Nach der Orangen Revolution schloss sich die Partei der Regionen, bis dahin eine unideologische Vertreterin der wirtschaftlich-politischen Eliten im Osten und Süden der Ukraine, den Kommunisten an und begann, ebenfalls als Erinnerungskrieger zu agieren. Die zweite Gruppe, am entgegengesetzten Pol des politischen Spektrums, bestand aus Nationaldemokraten und Nationalisten, die die sowjetische Periode der ukrainischen Geschichte als Besatzung betrachteten, die Ukraine als ehemalige Kolonie des russischen Reiches ansahen und den nationalen Befreiungskampf als zentrale Erzählung der ukrainischen Geschichte propagierten. In den Jahren 1994–2004 agierte Präsident Kutschma zumeist als erinnerungspolitischer Verweigerer (mnemonic abnegator): Er stand der historischen Erinnerung eher gleichgültig und pragmatisch gegenüber und vermied eine Polarisierung, indem er sich situativ mit der einen oder anderen Gruppe verbündete. Sein Nachfolger Wiktor Juschtschenko (2005–2010) agierte bei zahlreichen

Gelegenheiten als Erinnerungskrieger.³ So wurden die ukrainische Politik und Gesellschaft insbesondere nach der Orangen Revolution gewissermaßen zu Geiseln eines tiefgreifenden Konflikts zwischen den Sowjetnostalgikern und den Nationaldemokraten/Nationalisten. Beide Gruppen agierten als Erinnerungskrieger und sahen den Kampf um die Hegemonie ihrer historischen Erzählung als Nullsummenspiel an. Die Wahl von Wiktor Janukowytsch (2010–2014) mit seinem geringen Interesse an Geschichte und Erinnerungspolitik änderte an der Situation nicht viel: Die Erinnerungskriege gingen im Parlament weiter, da beide Seiten ihre Versuche, das Sowjetregime bzw. den ‚ukrainischen Faschismus‘ zu kriminalisieren, nicht aufgaben.⁴

Zwei Themen der sowjetischen Vergangenheit wurden im Kontext dieser Erinnerungskonflikte besonders politisiert: erstens der Holodomor (die große Hungersnot von 1932–33), der durch Stalins Politik der Kollektivierung verursacht wurde und mit Repressionen gegen die ukrainischen kommunistischen Eliten und die Intelligenz einherging, und zweitens die Rolle der OUN und der UPA während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Erinnerung an den Holodomor wurde während der Sowjetära unterdrückt und überlebte nur in der ukrainischen Diaspora; das Tabu für die Forschung und die öffentliche Diskussion wurde erst während der Perestroika aufgehoben. Während Kommunisten und Sowjetnostalgiker die Tatsache der Hungersnot selbst leugneten oder sie eher als Ergebnis einer schlechten Ernte und wirtschaftlicher Fehlkalkulationen, denn als politische Absicht ansahen, betrachteten andere (wie die Mehrheit der liberalen Historiker in Russland) sie als Ergebnis der stalinistischen Massenrepressionen gegen die Bauernschaft als Klasse und ignorierten dabei weitgehend ihre ethnische Dimension. Viele ukrainische Historiker hingegen sahen den Holodomor als bewussten Versuch, die soziale Basis des ukrainischen Nationalismus zu untergraben, die Bauern mit Hunger zu bestrafen und so den Widerstand der Ukrainer gegen das Sowjetregime zu brechen. Im Diskurs der Nationaldemokraten erschien der Holodomor als Völkermord oder sogar als ukrainischer Holocaust. Auch die Zahl der Opfer war umstritten, wobei sich die Mehrheit der Experten auf 3,9 Millionen direkte Verluste einigte. Seit 1991 wird der Holodomor in der Ukraine als nationale Tragödie und als

3 Zur Rolle der ukrainischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik, siehe Hrytsenko (2017), der die Gesetzesinitiativen von Kutschma, Juschtschenko und Janukowytsch eingehend untersucht hat.

4 Zur Gesetzgebung in der Ukraine als Schauplatz von Erinnerungskriegen siehe Kasianov (2016), Koposov (2017: 177ff.), Zhurzhenko (2022).

Verbrechen des stalinistischen Regimes angesehen. Bei parlamentarischen Anhörungen zum Holodomor im Jahr 2003 wurde er als Völkermord bezeichnet, ohne dass dies jedoch rechtliche Konsequenzen hatte. Nach der Orangen Revolution verlagerte sich der Diskurs über den Holodomor von den Opfern zu den Tätern, und die Frage nach der Verantwortung des Sowjetregimes rückte in den Vordergrund. Dies geschah nicht ohne die direkte Initiative von Präsident Juschtschenko, der das Gesetz zum Holodomor im November 2006 auf den Weg brachte. Es sollte nicht nur die Darstellung der Hungersnot als Völkermord am ukrainischen Volk offiziell machen, sondern die Leugnung des Genozids zur Ordnungswidrigkeit erklären. Der Gesetzentwurf löste im ukrainischen Parlament einen heftigen Streit aus, wobei die Kommunisten den intentionalen Charakter der Hungersnot leugneten und die Partei der Regionen sich vehement gegen den Begriff ‚Völkermord‘ aussprach und stattdessen ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ vorschlug. Die unsichtbare, aber einflussreiche Partei in diesem Konflikt war Russland, das nicht damit einverstanden war, der sowjetischen Regierung die Verantwortung für den Völkermord aufzuerlegen. Dank der Unterstützung durch die früheren Bündnispartner der Orangen Koalition – den ‚Block Julija Tymoschenko‘ (BJuT) und die Sozialistische Partei der Ukraine (SPU) – wurde das Gesetz "Über den Holodomor in der Ukraine in den Jahren 1932 – 1933" noch im selben Monat im Parlament fast unverändert angenommen. Es schrieb die Anerkennung des Holodomor als "Genozid am ukrainischen Volk" fest und erklärte dessen Leugnung als widerrechtlich. Das Thema blieb auf der politischen Agenda von Präsident Juschtschenko. Er startete eine diplomatische Kampagne, die auf die internationale Anerkennung des Holodomor als Völkermord abzielte, erklärte 2008 zum Jahr der Erinnerung an den Holodomor und initiierte ein nationales Museum und eine Gedenkstätte für die Opfer in Kyjiw. Gleichzeitig boykottierten die regionalen Eliten in der Ostukraine die Gedenkinitiativen Juschtschenkos und versuchten, die Erinnerung an den Holodomor im städtischen Raum zu marginalisieren (Zhurzhenko 2011). Im Januar 2010, in den letzten Wochen von Juschtschenkos Präsidentschaft, erklärte das Kyjiwer Berufungsgericht Stalin, Molotow, Kaganowitsch, Postyschew, Kosior und Chatajewitsch für schuldig, vorsätzlich einen Völkermord an einem Teil der ukrainischen Volksgruppe organisiert zu haben, der zur Tötung von 3.941.000 Menschen führte. Viktor Janukowytsh, der die Präsidentschaftswahlen 2010 gewann, signalisierte sein Desinteresse an der Anerkennung des Holodomor als Völkermord. Während das Thema aus dem offiziellen Diskurs verschwand, erwies sich Juschtschenkos Kampagne

zumindest in einer Hinsicht als recht erfolgreich: Soziologische Umfragen haben gezeigt, dass die Vorstellung vom Holodomor als Völkermord in der letzten Dekade von der Mehrheit der Ukrainer im Land weitgehend akzeptiert worden ist.

Das zweite Thema, das die ukrainische Politik und Gesellschaft viele Jahre lang polarisiert hat, war die Rolle der OUN- und UPA-Kämpfer in der ukrainischen Geschichte. Während sie in der Westukraine geehrt wurden, blieben sie im Rest des Landes, insbesondere im Osten, umstritten. Die Frage eines offiziellen Kriegsveteranenstatus für die UPA-Kämpfer, der ihnen die gleichen Sozialleistungen wie den sowjetischen Kriegsveteranen gewährt hätte, wurde im ukrainischen Parlament wiederholt aufgeworfen, aber von den Kommunisten blockiert. Der Heldenmythos der UPA und der Kult um Stepan Bandera waren besonders bei den radikalen nationalistischen Kräften wie der Swoboda-Partei beliebt, die in der ukrainischen Politik nur eine marginale Rolle spielten. Für die Nationaldemokraten waren die UPA-Kämpfer tragische Helden des antisowjetischen Widerstands, die historische Gerechtigkeit verdienten, während sowjetische Nostalgiker und Russophile sie als Verräter des sowjetischen Vaterlandes und vor allem als Nazi-Kollaborateure betrachteten. Liberale Historiker und Journalisten wandten sich gegen die offizielle Verherrlichung der OUN und der UPA wegen ihres radikalen Nationalismus, ihrer massenhaften Kriegsverbrechen an der polnischen Zivilbevölkerung und ihrer Verwicklung in den Holocaust. Inmitten dieser historischen Kontroversen leitete Präsident Juschtschenko die offizielle politische Rehabilitierung der OUN und der UPA ein, in seinen Augen ein notwendiger Schritt, um sich von sowjetischen Propagandamythen zu emanzipieren. Juschtschenko leugnete nicht die Rolle der Ukraine beim Sieg über den Nationalsozialismus und ehrte in einer symbolträchtigen Geste einige sowjetische Kriegshelden ukrainischer Abstammung, die er in das nationale Pantheon der Helden aufnahm. Anfänglich kündigte er sogar eine Versöhnung zwischen sowjetischen und ukrainischen Kriegsveteranen an – eine Initiative, die aufgrund der Überpolitisierung des Themas von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Das Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung (ukrainisch Український інститут національної пам'яті / Ukrajinskyj instytut nazionalnoji pamjati, UINP), das kurz nach der Orangen Revolution gegründet wurde, förderte in der Tat eine unkritische Darstellung der OUN und der UPA. Besonders umstritten war, dass Juschtschenko Roman Schuchewytsch und Stepan Bandera, zwei prominente Führer des ukrainischen nationalistischen Un-

tergrunds, posthum mit dem offiziellen Titel ‚Held der Ukraine‘ ausgezeichnete. Diese Entscheidung entfremdete einen bedeutenden Teil der ukrainischen Gesellschaft und lieferte den politischen Gegnern Juschtschenkos starke Argumente gegen seine Gedenkinitiativen und damit auch gegen seinen Ansatz zur Nationsbildung. Die russische Propaganda nutzte die Verherrlichung von Stepan Bandera eifrig aus und machte daraus ein negatives Symbol, das Russen und Russischsprachige gegen den ‚ukrainischen Faschismus‘ mobilisierte. Die Entscheidung, Bandera den Heldentitel zu verleihen, wurde vom Europäischen Parlament angeprangert und trug zu den weit verbreiteten westlichen Stereotypen über die Ukrainer als Nationalisten bei. Nicht nur Russland, sondern auch Polen – ein wichtiger Partner der Ukraine und Verfechter ukrainischer Interessen in der EU – sah die Ehrung Banderas äußerst kritisch. Der Versöhnungsprozess zwischen der Ukraine und Polen, der in den 1990er Jahren begonnen hatte, stolperte nun über die Politisierung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs durch die PiS-Regierung und die Regierung Juschtschenko.⁵

Die stark polarisierende öffentliche Debatte über die Persönlichkeit von Stepan Bandera, die von beiden Seiten mythologisiert wurde, hat der ukrainischen Gesellschaft nicht geholfen, ihre schwierige Vergangenheit aufzuarbeiten. Die Wahl von Viktor Janukowytsch im Jahr 2010, der aufgrund der Frustration der Öffentlichkeit über die gescheiterten Versprechen der Orangen Revolution an die Macht kam, bedeutete nicht das Ende der Erinnerungskonflikte. Stattdessen ordnete ein auf Initiative der Kommunistischen Partei verabschiedetes Gesetz von 2011 an, dass das Siegesbanner zusammen mit der Nationalflagge am 9. Mai und an anderen Gedenktagen des Zweiten Weltkriegs offiziell in staatlichen Einrichtungen gezeigt wird. Das Siegesbanner, de facto die rote sowjetische Flagge mit Hammer und Sichel, die am 8. Mai 1945 auf der Spitze des Reichstagsgebäudes angebracht worden war, wurde damit praktisch zum Staatssymbol erhoben (wie vorher in Russland). Die Gesetzesänderung führte zu gewalttätigen Zusammenstößen in Lwiw, wo sowjetische Kriegsveteranen und pro-russische Aktivisten von radikalen Nationalisten angegriffen wurden. Einen Monat später wurde das umstrittene Gesetz vom Verfassungsgericht aufgehoben. Das Siegesbanner, das in Russland ein quasi-offizielles Staatssymbol ist, kehrte nach dem Februar 2022 in die Ukraine zurück, als es in den besetzten Gebieten zusammen mit der russischen Staatsflagge verwendet wurde.

5 Siehe Kasianov (2022b: 319ff.). Zur ukrainisch-polnischen Aussöhnung und zu Erinnerungskonflikten auf lokaler Ebene siehe Zhurzhenko (2013).

Die innerukrainischen Erinnerungskonflikte der Jahre 2005–2013 haben zu der politischen Krise beigetragen, die aus den Euromaidan-Protesten und dem Unvermögen der Regierung Janukowitsch, den internen Konflikt friedlich zu lösen, hervorging. Zwar lassen sich die Ursachen der politischen Krise von 2014 nicht auf das Aufeinandertreffen unvereinbarer kollektiver Erinnerungen und historischer Narrative reduzieren. Es ist jedoch offensichtlich, dass die politischen Eliten der Ukraine seit langem gegensätzliche Erinnerungen und antagonistische historische Symbole manipulieren und sie als Mittel der politischen Mobilisierung einsetzen. Russland hat von den ukrainischen Erinnerungskriegen in seinen Bemühungen profitiert, die Ukraine zu schwächen und ihre Neuausrichtung auf den Westen zu verhindern. Während des ‚Russischen Frühlings‘ 2014 wurden antagonistische Narrative vom Kreml und seinen Verbündeten in der Ukraine als Waffe eingesetzt, um Unruhen zu schüren, öffentliche Institutionen zu untergraben und den ukrainischen Staat zu delegitimieren. Zur Rechtfertigung der Annexion der Krim im Jahr 2014 und der Unterstützung der selbsternannten ‚Volksrepubliken‘ im Donbas stellte Moskau den Euromaidan als faschistischen Putsch dar und behauptete, dass die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine vor der ‚faschistischen Junta‘ geschützt werden müsse. Diese Ereignisse spiegeln die faktische Macht und reale Gefahr, welche die Instrumentalisierung der Vergangenheit für die Ukraine seit 1991 darstellt.

Der Euromaidan 2013–14 und danach: Entkommunisierung als (umstrittene) Europäisierung

Die dramatischen Ereignisse des Frühjahrs 2014 hatten tiefgreifende Folgen für die ukrainische Erinnerungspolitik. Die Euromaidan-Proteste verschärfen die Konfliktlinien und brachten den Erinnerungskrieg auf die Straße. Der Sieg des Euromaidan stärkte diejenigen, die schon lange für die Notwendigkeit einer weiteren Entkommunisierung und Nationalisierung des kollektiven Gedächtnisses plädiert hatten. Die Integration in die EU durch das Assoziierungsabkommen beschleunigte die Europäisierung der ukrainischen politischen Institutionen und der Zivilgesellschaft und hatte Auswirkungen auf die öffentliche Debatte über das historische Gedächtnis.

Während der Euromaidan durch die Entscheidung Janukowitschs, die Gespräche mit der EU auszusetzen, ausgelöst wurde und sich als Massenprotestbewegung gegen Korruption und Polizeigewalt fortsetzte, trug

die zunehmende Unterstützung Russlands für das Janukowytsch-Regime dazu bei, den Konflikt durch die antikoloniale Brille zu betrachten. Sowjetische Symbole im öffentlichen Raum wurden von den Demonstranten als Symbole der russischen imperialen Macht wahrgenommen. Zahlreiche Lenin-Denkmäler wurden von Aktivisten umgestürzt. Im Osten des Landes wurden Lenin-Denkmäler von Anti-Maidan-Aktivisten häufig als Symbole des Widerstands gegen den ‚ukrainischen Faschismus‘ vereinnahmt und so zu Schauplätzen gewaltsamer Auseinandersetzungen. Während sich der Euromaidan in Kyjiw anfangs eher mit Archetypen der kosakischen Vergangenheit als mit nationalistischen Symbolen identifizierte (Jilge 2014), wurden als Reaktion auf Russlands hybride Aggression die Ikonen des ukrainischen Nationalismus wie Stepan Bandera zu Symbolen des nationalen Widerstands umgedeutet. Russlands Rückgriff auf sowjetisch-nostalgische und russisch-imperiale Narrative im Donbas-Konflikt rechtfertigte in den Augen der politischen Eliten nach dem Maidan die Versicherheitlichung der Erinnerungspolitik. Im Frühjahr 2015 verabschiedete das neue ukrainische Parlament vier neue Gesetze zur Entkommunisierung.

Vor allem wurden sowjetische wie auch nationalsozialistische Symbole durch die neue Gesetzgebung kriminalisiert und aus dem öffentlichen Raum verbannt. Den lokalen Behörden wurde eine strenge Frist für die Entfernung von Denkmälern sowjetischer und kommunistischer Parteiführer und die Ersetzung sowjetischer Toponyme durch andere gesetzt. Außerdem wurde eine offizielle Liste der ‚Kämpfer für die ukrainische Unabhängigkeit im 20. Jahrhundert‘ erstellt, auf der auch die umstrittenen UPA und OUN aufgeführt sind, wodurch eine lange Debatte beendet wurde. Darüber hinaus wurde das alte sowjetische alias russische Narrativ vom Großen Vaterländischen Krieg verabschiedet und durch das europäische Narrativ des Zweiten Weltkriegs als der großen Tragödie des Zwanzigsten Jahrhunderts ersetzt; der Sieg über den Nationalsozialismus wurde als gemeinsame Leistung gewürdigt, zu der die Ukraine beigetragen hat. In Angleichung an die europäische Tradition wurde der 8. Mai zum ‚Tag des Gedenkens und der Versöhnung‘ erklärt; zugleich wurde der 9. Mai, der alte sowjetische ‚Tag des Sieges‘, als Feiertag beibehalten. Nicht zuletzt garantierte die neue Gesetzgebung den freien Zugang zu den Archiven des KGB.

Die Entkommunisierungsgesetze, insbesondere das Verbot sowjetischer Symbole, lösten in der Ukraine hitzige Debatten aus. Während einige Aspekte der neuen Gesetzgebung als ein Schritt hin zur europäischen und weg von der russischen Gedenkkultur gesehen wurden, waren die Krimina-

lisierung der sowjetischen Vergangenheit, die Einführung eines offiziellen Kanons von Kämpfern für die nationale Unabhängigkeit und das Verbot der öffentlichen Leugnung der Legitimität des Unabhängigkeitskampfes eher Schritte in die entgegengesetzte Richtung. Die zivilgesellschaftlichen Gegner der Entkommunisierung kritisierten weniger die Notwendigkeit der Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit als vielmehr die administrativen Zwangsmethoden und die potenziell spaltende Wirkung dieser Politik. Eine im Herbst 2016 durchgeführte Meinungsumfrage zeigte die geringe Popularität der Entkommunisierungspolitik, insbesondere im Osten und Süden.⁶

In den Regionen kam es jedoch zu keinen nennenswerten Protesten, und die politische Opposition konnte aus diesem Thema kein Kapital schlagen. Vielmehr beobachtete Shevel eine gewisse Verschiebung von einem zersplitterten zu einem einheitlichen Erinnerungsregime in der Post-Maidan-Ukraine (Shevel 2016). Möglich wurde dies zum einen durch die patriotische Mobilisierung als Reaktion auf den militärischen Konflikt mit Russland und zum anderen durch den faktischen Ausschluss der sowjetnostalgischen Wählerschaft der von Russland besetzten Gebiete von politischer Partizipation. Eine der beiden Gruppen von Erinnerungskriegern, die prorussischen Sowjetnostalgiker, wurde durch diese Entwicklung erheblich geschwächt: Die Kommunistische Partei verlor aufgrund ihrer offenen Zusammenarbeit mit Moskau ihre Glaubwürdigkeit und wurde schließlich verboten, und die ehemalige Partei der Regionen, inzwischen umgewandelt in den ‚Oppositionsblock‘, wurde politisch marginalisiert. Doch auch wenn die Zeit der großen Erinnerungskriege vorbei schien, blieb die Perspektive eines erinnerungspolitischen Pluralismus (mnemonic pluralism), also der friedlichen Koexistenz einer Vielzahl von Erinnerungsnarrativen eher düster. Die europäische Orientierung und das Ziel einer eventuellen Mitgliedschaft in der EU könnten, meint Shevel, eine Triebkraft für einen entsprechenden Wandel sein, denn „die Orientierung auf Europa schreibt bestimmte Zugänge zur Geschichte vor und bietet institutionelle und rechtliche Mechanismen, die darauf abzielen, eine pluralistische Erinnerungspolitik zu fördern“ (Shevel 2016: 23).

6 ‘Stavlennia do okremykh istorychnykh postatei ta protsesu dekomunizatsii v Ukraini’, Rating Group Ukraine, 17. November 2016, http://ratinggroup.ua/research/ukraine/otnoshenie_k_otdelnym_istoricheskim_lichnostyam_i_processu_dekommunizatsii_v_ukraine.html.

Diese technokratische Vorstellung von Europäisierung als Fahrplan zur Erreichung bestimmter Kriterien für die EU-Mitgliedschaft scheint jedoch im Hinblick auf die Erinnerungskultur zu eng gefasst. Die Europäisierung des ukrainischen Gedächtnisses, die oft als Alternative zu seiner Nationalisierung vorgestellt wird, ist in der Praxis ein vielschichtiges, umstrittenes und ambivalentes Phänomen. Ein Beispiel dafür ist das Gedenken an den Holocaust. Die Ukraine war ein Spätstarter bei der Institutionalisierung der Erinnerung an den Holocaust; die Konkurrenz mit dem Holodomor als starkem nationalen Opfermythos der Ukraine gilt als das Haupthindernis (Burakovskiy 2011; Portnov 2017; Kasianov 2022a).

Paradoxerweise war es jedoch Präsident Viktor Juschtschenko, der zwar als Hauptarchitekt dieses Mythos gilt, zugleich aber das Wort ‚Holocaust‘ in den offiziellen ukrainischen Diskurs einführte. In dem Bestreben, den langwierigen Konflikt um die Stätte von Babyn Jar in Kyjiw zu lösen, verließ er ihr den Status eines ‚staatlichen historischen Reservats‘. Bei seinem Besuch in Israel im Jahr 2007 übergab Juschtschenko dem israelischen Präsidenten zuvor als geheim eingestufte Archivdokumente, in denen Massengrabstätten von während des Holocausts ermordeten Juden aufgeführt sind.⁷ Im Jahr 2008 schlug er eine Gesetzesinitiative vor, die die Leugnung sowohl des Holocausts als auch des Holodomors unter Strafe stellt, welche jedoch vom Parlament nicht unterstützt wurde.

Ansonsten war die Erinnerung an den Holocaust in dieser Zeit weitgehend der Zivilgesellschaft und privaten Akteuren überlassen. Jedenfalls trugen das wiederhergestellte Vertrauen in die demokratischen Institutionen, die Wiederbelebung der Zivilgesellschaft, der erneuerte Pro-EU-Kurs nach der Orangen Revolution sowie eine Reihe von Initiativen auf nationaler wie internationaler Ebene dazu bei, das Bewusstsein für den Holocaust in der ukrainischen Gesellschaft zu schärfen. So hat das Thema Eingang in die Geschichtsbücher und Lehrpläne der Schulen gefunden.

Folgen wir Chebotarova (2020), so ist das allgemeine Bewusstsein für den Holocaust in der Ukraine inzwischen relativ hoch, was jedoch nicht immer bedeutet, dass man sich seiner lokalen Dimension bewusst ist. Ihre Fallstudien in drei westukrainischen Städten zeigen, dass die Einbeziehung oder der Ausschluss der jüdischen Geschichte in die lokale Erinnerungskultur von einer Reihe von Faktoren abhängt, wie z. B. der Sichtbarkeit der städtischen Spuren der jüdischen Vergangenheit, dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein einer jüdischen Gemeinde heute, dem jüdischen

7 Siehe www.reuters.com/article/us-israel-holocaust-idUSLI47769020071114.

Kulturtourismus und religiösen Pilgerreisen sowie der Tätigkeit lokaler ‚Erinnerungsunternehmer‘ (Chebotarova 2020: 200).

Im Gegensatz zu dem von Russland propagierten Mythos von der ‚Nazifizierung‘ der Ukraine gab der Euromaidan der Institutionalisierung der Erinnerung an den Holocaust neuen Auftrieb. Im Dezember 2015 sprach Präsident Petro Poroschenko in der Knesset und entschuldigte sich im Namen der Ukraine für die Kollaboration der Ukrainer mit dem Naziregime bei der Vernichtung der Juden (Kasianov 2022a). Der 75. Jahrestag des Massakers von Babyn Jar im Jahr 2016 wurde zu einem Meilenstein in der Bewältigung der schwierigen Vergangenheit der Ukraine. Das Ereignis wurde mit von der Regierung finanzierten Ausstellungen und kulturellen und öffentlichen Veranstaltungen begangen, die ein neues Niveau des Engagements des ukrainischen Staates und eine neue Stufe der Internationalisierung demonstrierten. In Kyjiw fanden zwei wichtige Fachkonferenzen statt: eine von der Ukrainisch-Jüdischen Begegnung (UJE), einer Initiative beider Diasporen in Kanada, die auf die Versöhnung von Ukrainern und Juden abzielt, sowie das Symposium ‚Mapping Memories‘ der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung.⁸ Das UINP, das für die umstrittene Entkommunisierungspolitik zuständig war, nahm das Thema Holocaust in seine Wanderausstellung zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs auf und war Mitherausgeber eines Leitfadens über Babyn Jar für Lehrer, der vom Kyjiwer Ukrainischen Zentrum für Holocauststudien erarbeitet worden ist (Kasianov 2022a).

Man kann die UINP-Initiativen als eher symbolisch abtun oder betonen, dass sie das vorherrschende Narrativ der Opferrolle nicht in Frage stellen und sich nicht mit der Frage der Mittäterschaft auseinandersetzen. Man kann aber auch versuchen, die Nationalisierung und Europäisierung des Gedächtnisses nicht als sich gegenseitig ausschließende, sondern oft miteinander verwobene Prozesse zu verstehen.⁹ Darüber hinaus lässt sich die ambivalente Erinnerungspolitik in der Ukraine aber auch aus einer postkolonialen Perspektive nachvollziehen. So weist Yurchuk (2017) auf das Konzept der ‚Rückgewinnung der Vergangenheit‘ hin, also der Wiedererlangung der Kontrolle über Narrative der nationalen Geschichte, die während der russischen und sowjetischen Herrschaft vom imperialen Zentrum aufgewungen worden waren. Zwischen beiden Ansätzen – Rückgewinnung der

8 Siehe www.wilsoncenter.org/article/babi-yar-75-filling-the-blanks-ukrainian-history.

9 Zur Europäisierung als nicht-linearer und ambivalenter Prozess siehe Worschech (2018).

Vergangenheit und Bewältigung einer schwierigen Vergangenheit – besteht ein dynamisches Spannungsverhältnis, weshalb „die Ukraine als postkolonialer Staat ihre eigene Geschichte produzieren muss, die sich von der sowjetischen Meistererzählung distanziert; als (potenziell) europäischer Staat wird von ihr erwartet, dass sie selbstreflexiv und selbstkritisch mit ihrer Vergangenheit umgeht. Die postkoloniale Agenda der Rückgewinnung der Vergangenheit kann mit der Begründung in Frage gestellt werden, dass die Verherrlichung nationaler Helden und das Verschweigen oder sogar Leugnen ihrer Beteiligung an Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen dem proklamierten Bekenntnis zu europäischen Werten zuwiderläuft“ (Yurchuk 2017: 112). Die osteuropäische und somit auch die ukrainische Holocaust-Erinnerung „sollte in der Dynamik sowohl des Wettbewerbs als auch der Multidirektionalität verstanden werden“ (Chebotarova 2020:187), wobei die multidirektionale Erinnerung Gegenstand ständiger Verhandlungen und Querverweise ist.¹⁰

Die Erwartung, dass sich die Ukraine auf ihrem Weg in die EU einer europäischen Gedenkkultur annähert, war in den letzten zwei Jahrzehnten Gegenstand von Kontroversen. Die traditionell westlich geprägte europäische Geschichtsschreibung wurde von den osteuropäischen Neumitgliedern in der EU zunehmend in Frage gestellt (Mälksoo 2009). In dem Bestreben, ihre eigenen historischen Erfahrungen als legitimen und gleichwertigen Teil der europäischen Identität anzuerkennen, nutzten einige postkommunistische Länder aktiv die europäischen Institutionen, um ihr gegenhegemoniales Narrativ zu fördern und zu institutionalisieren. Im Juni 2008 wurde auf einer Konferenz im Kontext der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft die ‚Prager Erklärung‘ verabschiedet, in der die kommunistischen Gräueltaten angeprangert und die nationalen Parlamente Europas aufgefordert wurden, die kommunistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit als gleichwertig mit den Verbrechen der Nazis anzuerkennen. Im April 2009 nahm das Europäische Parlament im Anschluss an die Anhörungen zum Thema ‚Das europäische Gewissen und die Verbrechen des totalitären Kommunismus: 20 Jahre danach‘ eine Entschließung an, in der es zwar die Einzigartigkeit des Holocausts bestätigte, aber gleichzeitig ein Gleichgewicht zwischen dem westeuropäischen historischen Gedächtnis und den Erinnerungen der mittel- und osteuropäischen Länder anstrebte,

10 Siehe Michael Rothberg, *Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung*, Berlin 2021.

die sowohl den Kommunismus als auch den Nationalsozialismus erlebt hatten.¹¹ Der 23. August, der Tag der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Pakts, wurde als europaweiter Tag des Gedenkens an die Opfer aller totalitären und autoritären Regime vorgeschlagen. Im Oktober 2011 gründeten die Tschechische Republik, Polen, Deutschland, Ungarn, Rumänien, Litauen, Estland und Lettland die „Plattform für das Gedächtnis und das Gewissen Europas“, ein Konsortium staatlicher und nichtstaatlicher Bildungs- und Forschungseinrichtungen, die sich mit der totalitären Vergangenheit Europas befassen.

Die ukrainischen Entkommunisierungsgesetze beziehen sich eindeutig auf diesen erweiterten und umfassenden Begriff der europäischen Erinnerungskultur, der ein Produkt der EU-Osterweiterung ist. Der deutsche Politikwissenschaftler Claus Leggewie hat ein umfassendes Modell des ‚europäischen Gedächtnisses‘ vorgeschlagen, das zwischen seinen sieben Kreisen unterscheidet: Sein Kern ist der Holocaust als negativer Gründungsmythos der EU, der nächste Kreis wird durch die Erinnerung an den Gulag und die Verbrechen der kommunistischen Regime repräsentiert, während weitere Kreise die Vertreibungen, den Völkermord an den Armeniern, die dunkle imperiale Vergangenheit Europas, die Massenerfahrung der Emigration und schließlich die Erfolgsgeschichte Europas nach 1945 umfassen (Leggewie 2008). Die sieben Kreise des ukrainischen Gedächtnisses stimmen zwar nicht vollständig mit den europäischen überein, aber sie sind auch nicht völlig verschieden, insbesondere seit dem letzten Jahrzehnt. Neben dem Holodomor, den Opfern des Stalinismus und des Gulag und den ukrainischen Dissidenten würden sie sicherlich auch den Holocaust und die traumatischen Erinnerungen anderer Opfergruppen umfassen. Die russische Annexion der Krim und die massenhafte Vertreibung im Rahmen des Donbas-Konflikts haben in der ukrainischen Gesellschaft das Bewusstsein für Stalins Deportationen geschärft, insbesondere in Bezug auf die Krimtataren. 2021 erkannte das ukrainische Parlament die Deportation der Krimtataren im Jahr 1944 als Völkermord an. Auch die Erinnerung an die verlorene kulturelle Vielfalt ist auf lokaler Ebene zu einem wichtigen Thema geworden, z. B. in Odesa, Lwiw und Tscherniwzi.¹² In dem von der Ukraine kontrollierten Teil des Donbas wurden interessante Projekte

11 Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2. April 2009 zu Gewissen und Totalitarismus in Europa, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-6-2009-0213_DE.html?redirect.

12 Siehe Narvselius (2016) über Lwiw sowie Bernsand (2016) zu Tscherniwzi.

zur Wiederherstellung individueller und kollektiver Erinnerungen jenseits der sowjetischen Erzählung durchgeführt. Die ukrainische Gedenkkultur, die immer noch mit der Anerkennung der historischen Verantwortung für vergangenes Unrecht zu kämpfen hat, ist dialogischer und integrativer geworden.

Russlands Krieg gegen die Ukraine seit 2022: von der Entkommunisierung zur Entkolonialisierung

Mit dem Sieg von Wolodymyr Selenskyj bei den Präsidentschaftswahlen 2019 wurden die Erinnerungskrieger in der ukrainischen Politik erneut an den Rand gedrängt. Selenskyj, der aus dem russischsprachigen Osten der Ukraine stammt, wollte in den Erinnerungskriegen nicht Partei ergreifen und betonte die übergreifende Identität der Ukrainer. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Putins Invasion mit dem Ziel der ‚Entnazifizierung‘ der Ukraine von einem russischsprachigen Präsidenten jüdischer Herkunft gekontert wurde. Anders als 2014 zeigte die Ukraine im Frühjahr 2022 eine starke Widerstandsfähigkeit der staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft; es gab keine internen Konflikte und keine pro-russische Mobilisierung im Osten und Süden. Interne Kontroversen über Fragen der historischen Vergangenheit wurden angesichts der unmittelbaren Bedrohung des unabhängigen ukrainischen Staates als irrelevant angesehen.

Der Krieg bedroht auch das kulturelle Gedächtnis der Ukraine: Das materielle Erbe – Architektur, historische Denkmäler, archäologische Stätten – wurde wahllos beschossen; zahlreiche Archive, Bibliotheken und Museen wurden von der russischen Armee zerstört oder geplündert; Tausende von Kulturschaffenden verloren ihre Arbeit oder mussten aus dem Kriegsgebiet fliehen. Der Krieg hinterlässt ein riesiges kollektives Trauma, dessen Bewältigung Jahrzehnte dauern wird. Viele Akteure der Zivilgesellschaft sowie kulturelle und akademische Einrichtungen haben ihre Aktivitäten von der historischen Erinnerungsarbeit auf die Dokumentation des aktuellen Kriegsgeschehens umgestellt. Einige machen Interviews und archivieren Dokumente für die zukünftige Forschung, andere sammeln Zeugenaussagen, die vor internationalen Gerichten verwertet werden können.¹³

Es ist eine offene Frage, ob der oben beschriebene konzeptionelle Rahmen zur Analyse der ukrainischen Erinnerungspolitik auf ein vom Krieg

13 Siehe www.lvivcenter.org/en/updates/documenting-the-war-2/; <https://www.thereckoningproject.com>.

zerrüttetes Land angewandt werden kann. Auf der Ebene der politischen Eliten setzte das Kriegsrecht das normale politische Leben außer Kraft und schmälerte die Rolle des Parlaments, das früher der Hauptschauplatz der Erinnerungskriege war. Die Macht des Präsidenten ist beträchtlich gewachsen und angesichts dessen, dass Wolodymyr Selenskyj als erinnerungspolitischer Verweigerer (mnemonic abnegator) agiert, bleibt nicht viel Raum für Auseinandersetzungen auf diesem Feld. Seine Partei ‚Diener des Volkes‘ dominiert das Parlament: Während die prorussischen Parteien verboten sind, hat die ‚Europäische Solidarität‘ von Petro Poroschenko kaum eine Chance, Selenskyjs Image eines Kriegsführers anzufechten. Paradoxerweise profitiert Selenskyj, der die Wahlen 2019 unter anderem deshalb gewann, weil die Ukrainer den vom vorherigen Präsidenten geführten Kulturkrieg satt hatten, nun von der Entkommunisierung und anderen Reformen Poroschenkos wie z.B. dem symbolischen Re-Branding der ukrainischen Armee, mit der jegliche Verbindung zur sowjetischen Militärtradition gekappt werden sollte.

Eine der wenigen Kontroversen seit Beginn der Invasion kam im Frühjahr 2022 auf, als der öffentliche Diskurs über den Krieg Russlands noch im Entstehen begriffen war und der Präsident mit der Erzählung vom Großen Vaterländischen Krieg improvisierte. „Für uns Ukrainer ist dies ein patriotischer Krieg“, sagte Selenskyj in seiner täglichen Ansprache an die ukrainischen Bürger:innen am 3. März: „Wir erinnern uns, wie patriotische Kriege beginnen. Und wir wissen, wie solche Kriege für die Invasoren enden.“¹⁴ Drei Tage später erließ Selenskyj ein Dekret zur Einführung des neuen Ehrentitels ‚Heldenstadt der Ukraine‘. Wolnowacha, Hostomel, Mariupol, Charkiw, Cherson und Tschernihiw erhielten den Titel für den „Massenheroismus und den Widerstandsgeist ihrer Bürger“ bei der Verteidigung gegen die russische Aggression.¹⁵ Dies war ein offensichtlicher Verweis auf die sowjetische Tradition: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Titel ‚Heldenstadt‘ an ein Dutzend sowjetischer Städte verliehen, darunter vier in der Sowjetukraine: Odesa, Kyjiw, Sewastopol und Kertsch. Selenskyjs Entscheidung schuf somit einen ambivalenten Präzedenzfall. Während einige

14 'Для нас це вітчизняна війна, і ми знаємо, чим такі війни закінчуються для загарбників – звернення Президента України', Offizielle Website des Präsidenten der Ukraine, 03.03.2022, www.president.gov.ua/news/dlya-nas-ce-vitchiznyana-vijna-i-mi-znayemo-chim-taki-vijni-73293.

15 Offizielle Website des Präsidenten der Ukraine, Dekret des Präsidenten der Ukraine №111/2022 vom 06.03.2022, www.president.gov.ua/documents/1112022-41577.

die symbolische Würdigung von Opfern und Widerstandsgeist begrüßten, hielten viele die Fortführung der sowjetischen Symboltradition für einen politischen Fehler. Selbst Selenskyjs damaliger Verteidigungsminister Oleksij Resnikow übte milde Kritik und schlug vor, die altmodische Bezeichnung ‚Heldenstadt‘ durch ‚Stadt der Helden‘ zu ersetzen: „Denn es sind die Menschen, die den höchsten Wert der modernen europäischen Ukraine darstellen!“¹⁶

Wolodymyr Wjatrowytsch, der Leiter des UINP während der Poroschenko-Ära, äußerte eine radikalere Kritik und argumentierte, dass die Heldenstadt ein sowjetischer Ausdruck sei, welcher das Narrativ des Feindes transportiere. Stattdessen schlug er alternative Bezeichnungen wie ‚Festungsstadt‘, ‚unzerstörte Stadt‘, ‚Stadt der Unbesiegten‘ oder auch ‚Stadt der Helden‘ vor.¹⁷ Für Wjatrowytsch und einige andere bot die russische Invasion die Gelegenheit, die letzten Überreste des Narrativs vom Großen Vaterländischen Krieg im öffentlichen Raum zu beseitigen. So wurde beispielsweise ein lange umstrittenes Denkmal für den sowjetischen Marschall Georgi Schukow in Charkiw im April 2022 nach einem jahrelangen Rechtsstreit zwischen Aktivisten und städtischen Behörden endlich demontiert. Im Vorfeld des Tages des Sieges entwarfen Wjatrowytsch und eine Gruppe von Abgeordneten mehrerer Parteien einen Gesetzentwurf, in dem vorgeschlagen wurde, den 8. Mai als Tag des Gedenkens und des Sieges über den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg zum gesetzlichen Feiertag zu machen, dagegen den 9. Mai in einen Werktag umzuwandeln und in ‚Europatag‘ umzubenennen.¹⁸ Damit sollte die symbolische Verbindung mit dem sowjetischen Narrativ, das Russland im Krieg gegen die Ukraine als Waffe eingesetzt hat, endgültig gelöst werden. Der Gesetzentwurf wurde jedoch vom Parlament nicht angenommen. Ein Grund mag gewesen sein, dass man vermeiden wollte, dieses heikle Thema vor dem Tag des Sieges zu politisieren, der von Moskau traditionell für eine pro-russische Mobilisierung im postsowjetischen Raum genutzt wird. Doch ein Jahr später kündigte Selenskyj in seiner Ansprache zum 8. Mai 2023 an, dass die Ukraine künftig

16 Siehe <https://novynarnia.com/2022/04/22/misto-geroyiv-zamist-misto-geroj-ministr-reznikov-vystupyv-za-zminu-zastarilogo-pidhodu/>.

17 Siehe www.facebook.com/volodymyr.viatrovykh/videos/366579325457939/.

18 Siehe <https://novynarnia.com/2022/04/22/sluga-narodu-ne-vklyuchyly-do-poryadku-dennogo-vr-zakonoprojekt-shhodo-skasuvannya-9-travnja/>. Von 2015 bis 2022 war der 8. Mai in der Ukraine der ‚Tag des Gedenkens und der Versöhnung‘ und ein Werktag, während der 9. Mai der ‚Tag des Sieges über den Nationalsozialismus‘ und ein Feiertag war.

am 8. Mai gemeinsam mit Europa den Sieg über den Nationalsozialismus und am 9. Mai den Europatag feiern wird. Ein erneuter Gesetzesentwurf dazu fand im Parlament der Ukraine eine Mehrheit.

Der ‚Große Vaterländische Krieg‘ und der ‚Tag des Sieges‘ stehen im Mittelpunkt der Moskauer Symbolpolitik in den besetzten Gebieten der Ukraine. Die ‚spezielle Militäroperation‘ wird als Kampf gegen den ‚ukrainischen Faschismus‘ dargestellt, als Wiederholung der russischen historischen Mission von 1941–1945. Am 9. Mai wurden Siegesfeiern im sowjetischen Stil organisiert, die sich an die ältere Generation richteten, mit Gedenkmärschen der ‚Unsterblichen Regimenter‘ und öffentlichen Aufführungen sowjetischer Lieder. Die Besatzungsbehörden hissten das Siegesbanner mit Hammer und Sichel neben der russischen Flagge. Abgesehen vom ‚Großen Vaterländischen Krieg‘ stützt sich die Propaganda des Kremls in den neu besetzten Gebieten der Ukraine auf die Erzählung vom russischen Imperium. In Cherson, das von Februar bis November 2022 unter russischer Kontrolle war, priesen Straßenplakate mit Porträts und Zitaten von Alexander Puschkin, Alexander Suworow und Grigori Potemkin die imperiale Expansion in der nördlichen Schwarzmeerregion im 18. Jahrhundert und erklärten: „Cherson ist eine Stadt mit russischer Geschichte“. Die gemeinsame Vergangenheit wird für eine gemeinsame Zukunft instrumentalisiert: Der Slogan der russischen Referendumskampagne zum „Beitritt“ der besetzten Gebiete zur Russländischen Föderation im Sommer 2022 lautete „Für immer mit Russland“. Um die Loyalität der örtlichen Ukrainer zu gewinnen, wird die russische imperiale Erzählung mit dem Appell an die sowjetische Vergangenheit kombiniert. Straßennamen wurden in alte sowjetische Namen umbenannt, die sie vor der Entkommunisierung hatten. Auch Lenin-Statuen wurden wieder aufgestellt, zum Beispiel in Henichesk und Nova Kakhovka. Natürlich schert sich Moskau nicht um die sowjetische Ideologie. Ziel der ‚Rekommunisierung‘ ist die Entmachtung der Post-Maidan-Ukraine, die der Kreml als antirussisches Projekt bezeichnet. Daher werden Gedenkstätten, die an den Euromaidan, die Himmlichen Hundert und die 2014–2021 im Donbas gefallenen ukrainischen Soldaten erinnern, geschändet oder zerstört und ukrainische Nationalsymbole wie der Dreizack entfernt (Gabowitsch & Homanyuk 2024).

Seit der russischen Invasion 2022 hat sich die Einstellung der Öffentlichkeit zur Vergangenheit in der Ukraine deutlich verändert. Laut einer im

Dezember 2022 durchgeführten Umfrage¹⁹ bewerteten 73,3 % der Ukrainer den Zusammenbruch der UdSSR positiv (im Vergleich zu 49,1 % im August 2020); positive Einstellungen zu diesem Ereignis herrschten auch im Osten und Süden vor. 72,5 % unterstützten die Entscheidung des ukrainischen Staates, das Sowjetregime als totalitär zu verurteilen, während 2020 diese Entscheidung nur von einem Drittel der Befragten unterstützt wurde. Mehr als die Hälfte der Ukrainer (52,8 %) gab zu, dass die russische Invasion sie dazu gebracht hat, die sowjetische Vergangenheit zu überdenken. Eine Mehrheit von etwa 59 % befürwortete 2022 die Änderung der Ortsnamen, die sich auf die Russische Föderation, die UdSSR oder das Russische Reich beziehen; nur im Süden ist der Anteil der Gegner der Umbenennung mit 33,5 % gegenüber 22,8 % höher als der der Befürworter. In der Frage des Gedenkens an den Sieg über den Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg würden 34,6 % der Befragten es vorziehen, sowohl den Tag des Gedenkens und der Versöhnung am 8. Mai als auch den Tag des Sieges über den Nationalsozialismus am 9. Mai zu begehen, wie in der bis 2023 gültigen Gesetzgebung; weitere 32,3 % halten es für angemessen, nur den 8. Mai zu feiern. Diejenigen, die nur den 9. Mai als Tag des Sieges begehen würden (16 %), repräsentieren den übrig gebliebenen Anteil der Sowjetnostalgiker und der Anhänger der russischen Erzählung vom Großen Vaterländischen Krieg. Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die Entkommunisierung kein umstrittenes Thema mehr ist und dass Erinnerungskriege in der Form, wie sie das politische Leben von 2004 bis 2014 beherrschten, in der Ukraine wohl kaum ein Comeback erleben werden.²⁰ Man kann auch argumentieren, dass die russische Invasion, die von Moskau in neo-sowjetische und neo-imperiale Begriffe gefasst wird, den Abschied vom russischen Erinnerungsraum beschleunigt hat.

Es ist schwer vorherzusagen, wie die ukrainische Gedenkkultur nach dem Ende des Krieges aussehen wird. Zu den ersten Reaktionen der ukrainischen Politik und Gesellschaft gehörten Rufe nach Entkolonialisierung und Entrussifizierung des öffentlichen Raums. Im März 2023 verabschiedete das ukrainische Parlament das Gesetz „Über die Verurteilung und das Verbot der Propaganda der russischen imperialen Politik in der Ukraine

19 Siehe https://dif.org.ua/article/zasudzhennya-srsr-derusifikatsiya-maydan-yak-zminy-uetsya-stavlennya-ukraintsiv-do-politiki-natsionalnoi-pamyati-na-tli-rosiyskoi-agresii#_Toc125113319.

20 Die Frage, wie sich im Falle eines Sieges der Ukraine die Integration der ukrainischen Bevölkerung in den derzeit besetzten Gebieten auf die Einstellung der Öffentlichkeit zur Vergangenheit auswirken könnte, kann hier nicht diskutiert werden.

und die Dekolonisierung von Ortsnamen.²¹ Das Denkmal aus der Sowjetzeit im Zentrum von Kyjiw, das die ukrainisch-russische Freundschaft symbolisierte, wurde auf Beschluss des Stadtrats abgebaut. Viele Straßen, die nach russischen historischen und kulturellen Persönlichkeiten benannt sind, wurden umbenannt. Inmitten der russischen Raketenangriffe gab es eine hitzige Diskussion über die Zukunft des Michail-Bulgakow-Museums in Kyjiw und eine Kampagne zur Umbenennung des Russischen Schauspielhauses in Charkiw. Die öffentliche Debatte über die Verantwortung der russischen Kultur für die imperiale Aggression fand ihren Widerhall in westlichen Kontroversen über Postkolonialität und *cancel culture*. Die im postsowjetischen Raum weit verbreiteten Puschkin-Denkmäler wurden in den Augen vieler Ukrainer plötzlich zum Symbol für die ‚Russische Welt‘; einige von ihnen wurden gestürzt, andere von den örtlichen Behörden vorsorglich entfernt. Der wohl sprechendste Fall war die endgültige Demontage des Denkmals von Katharina II. in Odesa im Januar 2023. Es war bereits nach der bolschewistischen Revolution entfernt worden, wurde aber 2008 restauriert. Als Denkmal, das den tief in der russischen Zarengeschichte verwurzelten Gründungsmythos von Odesa symbolisierte, war es sehr umstritten, aber die Mehrheit der Einwohner und der Bürgermeister der Stadt verteidigten das Denkmal, das zu einem Wahrzeichen der Stadt geworden war. Nach der russischen Invasion gab der Stadtrat dem Druck der öffentlichen Proteste nach und beschloss, das Denkmal ‚auf zivilisierte Weise‘ abzubauen. In Zukunft soll es in einen Park der zaristischen und sowjetischen Vergangenheit verlegt werden, der in Odesa angelegt werden soll.

Sicherlich haben der Krieg und die damit verbundene massenhafte Erfahrung von Leid, Widerstandsgeist und Opfern tiefgreifende historische Archetypen aktiviert. Im öffentlichen ukrainischen Diskurs erscheint der Krieg als die jüngste Episode eines jahrhundertelangen Kampfes der Ukraine für Freiheit und gegen imperiale Tyrannei. Dies wird am besten durch ein virales Video veranschaulicht, das im befreiten Balakliya gedreht wurde: Als ukrainische Soldaten ein russisches Straßenplakat entfernten, das an die historische Einheit von Ukrainern und Russen erinnerte, waren sie erstaunt, darunter Taras Schewtschenkos antikoloniales Gedicht „Der Kaukasus“ zu finden.²¹ Die Erzählung vom Verteidigungskrieg gegen die russische Aggression greift alte nationale Mythen auf, ist aber nicht ethnisch exklusiv; sie bezieht sich auf die Ukrainer als politische Nation sowie auf

21 Siehe www.youtube.com/watch?v=xOJ2AiNkRnQ.

die europäischen Werte der nationalen Souveränität, der Demokratie und der Menschenwürde.

Der Krieg ist auch eine Herausforderung für Europa: Was bedeutet er für die europäische Identität, die auf den Lehren des Zweiten Weltkriegs („Nie wieder!“) und der Erfolgsgeschichte der Versöhnung nach 1945 beruht? Ukrainische Aktivisten, die sich das sowjetische Kriegsdenkmal in Wien wieder aneignen, um russische Kriegsverbrechen zu verurteilen, oder die Schuhe von Kindern aus Mariupol zu dem berühmten Holocaust-Mahnmal in Budapest bringen, appellieren an die zentralen Symbole der europäischen Gedenkkultur und interpretieren sie in ihrem Streben nach Solidarität und Gerechtigkeit neu.

Literatur

- Bernhard, M.H. & J. Kubik (Hrsg.), 2014: *Twenty Years After Communism. The Politics of Memory and Commemoration*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Bernsand, N., 2016: Memories of Ethnic Diversity in Local Newspapers: The Six Hundredth Anniversary of Chernivtsi. S. 110–142 in: B. Törnquist-Plewa (Hrsg.), *Whose Memory? Which Future? Remembering Ethnic Cleansing and Lost Cultural Diversity in Eastern, Central and Southeastern Europe*. New York, Oxford: Berghahn.
- Burakovskiy, A., 2011: Holocaust remembrance in Ukraine: memorialization of the Jewish tragedy at Babi Yar. *Nationalities Papers* 39 (3): 371–389.
- Chebatarova, A., 2020: Collective memory of the Holocaust in post-Soviet Ukraine in: A. Wylegala & M. Glowacka-Grajper (Hrsg.), *The Burden of the Past. History, Memory, and Identity in Contemporary Ukraine*. Bloomington, Indiana: Indiana University Press.
- Finnin, R., 2022: *Blood of Others: Stalin's Crimean Atrocity and the Poetics of Solidarity*. Toronto: University of Toronto Press.
- Gabowitsch, M. & M. Homanyuk, 2024: *Monuments and Territory: War Memorials and Russia's Invasion of Ukraine*. Budapest: CEU Press.
- Gaidai, O. & G. Kasianov (Hrsg.), 2018: *Політика і пам'ять. Дніпро-Запоріжжя-Одеса-Харків. Від 1990-х до сьогодні. [Politics and Memory. Dnipro-Zaporizhzhia-Odesa-Kharkiv. From the 1990s to the Present Day]*. Львів [Lviv]: ФОП Шумилович [FOP Shumylovych].
- Grinchenko, G., 2017: Ostarbeiters of the Third Reich in Ukrainian and European Public Discourses: Restitution, Recognition, Commemoration. S. 281–304 in: J. Fedor, M. Kangaspuro, J. Lassila & T. Zhurzhenko (Hrsg.), *War and Memory in Russia, Ukraine and Belarus*. London: Palgrave Macmillan.
- Hrytsak, Y. & V. Susak, 2003: Constructing a National City. The Case of Lviv. S. 140–164 in: J. Czaplicka & B.A. Ruble (Hrsg.), *Composing urban history and the constitution of civic identities*. Washington, DC: Woodrow Wilson Center Press; Baltimore: Johns Hopkins University Press.

- Hrytsenko, O., 2017: *Президенти і пам'ять. Політика пам'яті президентів України (1994–2014): підґрунтя, послання, реалізація, результати. [Presidents and Memory. The Memory Policy of the Presidents of Ukraine (1994–2014): Background, Messages, Implementation, Results]*. Kyiv: K.I.C.
- Jilge, W., 2006: The Politics of History and the Second World War in Post-Communist Ukraine (1986/1991–2004/2005). *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 54 (1): 50–81.
- Jilge, W., 2014: Geschichtspolitik auf dem Majdan: Politische Emanzipation und nationale Selbstvergewisserung. *Osteuropa* 64 (5–6): 239–258.
- Kasianov, G., 2016: Историческая политика и «мемориальные» законы в Украине: Начало XXI в. [Historical Policy and “Memorial” Laws in Ukraine: The Beginning of the 21st Century]. *Istoricheskaya Ekspertiza* (2): 28–57.
- Kasianov, G., 2022a: Holodomor and the Holocaust in Ukraine as Cultural Memory: Comparison, Competition, Interaction. *Journal of Genocide Research* 24 (2): 216–227.
- Kasianov, G., 2022b: *Memory Crash: Politics of History in and around Ukraine, 1980s–2010s*. Budapest, New York: Central European University Press.
- Klymenko, L., 2020: Choosing Mazepa Over Lenin: The Transformation of Monuments and Political Order in Post-Maidan Ukraine. *Europe-Asia Studies* 72 (5): 815–836.
- Koposov, N., 2017: *Memory Laws, Memory Wars. The Politics of the Past in Europe and Russia*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kravchenko, V., 2023: *Kharkov/Kharkiv. A Borderland Capital*. Oxford, New York: Berghahn.
- Kuzio, T., 2000: Ukraine: Myths, national historiography, nation and state-building. *Nationalism and Ethnic Politics* 6 (4): 106–109.
- Leggewie, C., 2008: A Tour of the Battleground: The Seven Circles of Pan-European Memory. *Social Research: An International Quarterly* 75 (1): 217–234.
- Liebich, A. & O. Myshlovska, 2014: Bandera: memorialization and commemoration. *Nationalities Papers* 42 (5): 750–770.
- Mälksoo, M., 2009: The Memory Politics of Becoming European: The East European Subalterns and the Collective Memory of Europe. *European Journal of International Relations* 15 (4): 653–680.
- Müller, J.-W., 2002: Introduction: the power of memory, the memory of power and the power over memory. S. 1–36 in: J.-W. Müller (Hrsg.), *Memory and Power in Post-War Europe: Studies in the Presence of the Past*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Narvselius, E., 2012: The "Bandera Debate": The Contentious Legacy of World War II and Liberalization of Collective Memory in Western Ukraine. *Canadian Slavonic Papers / Revue Canadienne des Slavistes* 54 (3/4): 469–490.
- Narvselius, E., 2016: Polishness as a Site of Memory and Arena for the Construction of a Multicultural Heritage in L'viv. S. 73–109 in: B. Törnquist-Plewa (Hrsg.), *Whose Memory? Which Future? Remembering Ethnic Cleansing and Lost Cultural Diversity in Eastern, Central and Southeastern Europe*. Oxford, New York: Berghahn.
- Osipian, Ararat & Alexandr Osipian, 2012: Regional Diversity and Divided Memories in Ukraine. *East European Politics and Societies: and Cultures* 26 (3): 616–642.

- Ostapchuk, T., 2018: Images of Chernobyl Explosion Liquidators in Audio Visual Art. S. 69–93 in: J. Reinstädler & O. Pronkevič (Hrsg.), *(Audio-)visual Arts and Trauma. From the East to the West*. Saarbrücken: universaar.
- Pauly, D.M., 2020: Symon Petliura, the Ukrainian People's Republic, and the National Commemoration in Contemporary Ukraine in: A. Wylegała & M. Głowacka-Grajper (Hrsg.), *The Burden of the Past. History, Memory, and Identity in Contemporary Ukraine*. Bloomington, Indiana: Indiana University Press.
- Portnov, A., 2017: The Holocaust in the Public Discourse of Post-Soviet Ukraine. S. 347–370 in: J. Fedor, M. Kangaspuro, J. Lassila & T. Zhurzhenko (Hrsg.), *War and Memory in Russia, Ukraine and Belarus*. London: Palgrave Macmillan.
- Portnov, A., 2022: *Dnipro. An Entangled History of a European City*. Boston: Academic Studies Press.
- Portnov, A. & T. Portnova, 2010: Der Preis des Sieges: Der Krieg und die Konkurrenz der Veteranen in der Ukraine. *Osteuropa* 60 (5): 27–41.
- Riabchuk, M., 2008: Holodomor: The Politics of Memory and Political Infighting in Contemporary Ukraine. *The Harriman Review* 16 (1): 3–9.
- Richardson, T., 2008: *Kaleidoscopic Odessa. History and Place in Contemporary Ukraine*. Toronto: University of Toronto Press.
- Rodgers, P.W., 2008: *Nation, Region and History in Post-Communist Transitions. Identity Politics in Ukraine, 1991–2006*. Stuttgart: ibidem.
- Sereda, V., 2007: Regional Historical Identities and Memory. *Ukraina Moderna* 12(2). Special Issue: *Lviv-Donetsk: Sotsialni identychnosti v suchasni Ukraini*, ed. by Y. Hrytsak et al: 160–209.
- Shevel, O., 2011: The Politics of Memory in a Divided Society: A Comparison of Post-Franco Spain and Post-Soviet Ukraine. *Slavic Review* 70 (1): 137–164.
- Shevel, O., 2016: No Way Out? Post-Soviet Ukraine's Memory Wars in Comparative Perspective. S. 21–40 in: H.E. Hale & R.W. Orttung (Hrsg.), *Beyond the Euromaidan. Comparative Perspectives on Advancing Reform in Ukraine*. Stanford: Stanford University Press.
- Sklokina, I., 2015: Veterans of the Soviet-Afghan War and the Ukrainian Nation-Building Project: from Perestroika to the Maidan and the War in the Donbas. Double Special Issue: *Back from Afghanistan: The Experiences of Soviet Afghan War Veterans and Martyrdom & Memory in Post-Socialist Space*. *Journal of Soviet and Post-Soviet Politics and Society* 1 (2): 133–167.
- Tröbst, S., 2010: Halecki Revisited: Europe's Conflicting Cultures of Remembrance. S. 56–63 in: M. Pakier & B. Stråth (Hrsg.), *A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance*. Oxford, New York: Berghahn.
- Wanner, C., 1998: *Burden of Dreams. History and Identity in Post-Soviet Ukraine*. University Park, PA: Penn State University Press.
- Worschech, S., 2018: The 'making' of Europe in the peripheries: Europeanization through conflicts and ambivalences. *Culture, Practice & Europeanization* (3): 56–76.

- Yurchuk, Y., 2017: Reclaiming the Past, Confronting the Past: OUN–UPA Memory Politics and Nation Building in Ukraine (1991–2016). S. 107–137 in: J. Fedor, M. Kangaspuro, J. Lassila & T. Zhurzhenko (Hrsg.), *War and Memory in Russia, Ukraine and Belarus*. London: Palgrave Macmillan.
- Zhurzhenko, T., 2011: “Capital of Despair”. Holodomor Memory and Political Conflicts in Kharkiv after the Orange Revolution. *East European Politics and Societies: and Cultures* 25 (3): 597–639.
- Zhurzhenko, T., 2013: Memory Wars and Reconciliation in the Ukrainian-Polish Borderlands: Geopolitics of memory from a local perspective. S. 173–192 in: G. Mink & L. Neumayer (Hrsg.), *History, Memory and Politics in East Central Europe. Memory Games*. London: Palgrave Macmillan.
- Zhurzhenko, T., 2022: Legislating Historical Memory in Post-Soviet Ukraine. S. 97–130 in: E. Barkan & A. Lang (Hrsg.), *Memory Laws and Historical Justice. The Politics of Criminalizing the Past*. London: Palgrave Macmillan.